

Berliner Tageblatt



Nr. 12

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mofke in Berlin.

T. W. So sicher wie es ist, daß an jedem Morgen die Sonne aufgeht und daß nach dem Herbst der Winter kommt, so sicher ist es auch, daß eines Tages das französische Volk, erwachend und den moralischen und politischen Schaden übersehend, die Gipsbüste des Herrn Poincaré auf den Scherbenhaufen werfen wird. Am schärfsten wird Herr Poincaré dann gewiß jene Korruptionspresse verurteilen, die heute den Wehrbrauchseifer vor ihm schwingt. Wir müssen es dem französischen Volke überlassen, wann es sich aus seinem gegenwärtigen geistigen Zustande befreien will. Jedem nüchternen Beobachter aber muß es klar sein, daß die Führer des französischen Imperialismus längst den fatalen Sprung vom Tarpeischen Felsen getan hätten, wenn von außen her ein kräftiger Lichtstrahl in den Nebel hineingebrungen wäre, und daß sie nur deshalb noch auf dem Kapitol thronen, weil das Notwendige und Gelegene noch nicht geschehen ist. Es gibt in Frankreich immerhin auch ansässige und ehrliebende Menschen, die nur mit Kummer und Bedrängnis bemerken können, daß die übrige Welt sich mit einem bezeichnenden Achselzucken von ihrem Lande abwendet, und daß nur noch eine Anzahl kleinerer Klienten und Zellerlecker bei ihnen bleibt. Es gibt ehrliebende Franzosen, die an den Manieren des Kaiserreiches keine Freude haben, und es gibt viele kluge Franzosen, denen für die Zukunft Frankreichs ganz abgesehen von einem besseren Nachbarverhältnis zu Deutschland, vor allem eine enge Freundschaft mit England - und Amerika wichtiger als die prahlende Eroberung unverteidigter deutscher Städte erscheint. Wenn England nicht jedesmal nur gefragt hätte: „Dies bedeutet den Abbruch der Konferenz“, sondern wenn es, gestützt von Amerika, sich einmal entschlossen hätte, zu erklären: „Die Verwirklichung unserer Gewaltpläne bedeutet den Bruch mit all seinen Konsequenzen“, so hätte die öffentliche Meinung Frankreichs den ganzen Schwarm der imperialistischen Gewaltpolitiker seit langem fortgeführt. Die Bahn für eine Politik der Vernunft, des Friedens, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues wäre frei. Herr Poincaré, der französische Militarismus und der französische Imperialismus sind nur deshalb noch mächtig, weil sie nach jedem sabotierten Verständigungsversuch, nach jeder ergebnislosen Zusammenkunft mit englischen Staatsmännern ihr französisches Publikum augenscheinlich beruhigen: „England muß nun wohl Schein ein bißchen protestieren, aber es weiß den Wert unserer Freundschaft zu schätzen, und das alles ist gar nicht so schlimm.“ Herr Poincaré und die französischen Imperialisten leben sozusagen von dem Taot auf die Entente, mit dem die heftigsten Auseinandersetzungen schießen, und von dem freundschaftlichen Hände-druck, der zum Keremoneff gehört. Trotz aller Zeitungs-politik glaubt das französische Publikum nicht, England könnte sich aus eines Tages zur Scheidung entschließen, und lächelt, wie eine Frau, die ihre Macht fühlt, sagt es sich, daß nichts vergänglich ist und gleichgültiger sei als ein Ehepaar. So paradox es klingen mag: nicht nur Europa geht zugrunde, weil man eine wirkliche Klärung der Lage immer noch vermeidet, sondern auch die englisch-französische Freundschaft kann sich nicht wieder festigen, solange der freundschaftliche Hände-druck für unvermeidlich gilt.

Schon vor zwei Jahren und anderthalb Monaten, am 25. November 1920, erschien in einer französischen Zeitschrift, und nicht etwa in einer Zeitschrift der passifischen Abseitigen, sondern in dem sehr konservativen und frommen „Correspondant“, ein Aufsatz, dessen ungenannt, vorzüglich informiert und offenbar staatsmännlich geschulter Verfasser diese Klärung der französisch-englischen Beziehungen forderte und die Methoden der überkritischen Scharfheit als überaus schädlich verurteilte. Der anonyme Staatsmann bespöttelte, schon 1920, ein wenig die falschen Freundschaftsregeln, die am Schluß jeder Vorlesung dem Publikum vorgeführt würden, und mit großer Sachkenntnis und nicht gewöhnlicher Aufrichtigkeit legte er die Verantwortlichkeit der französischen und der englischen Interessen dar. Seit vier Jahren, und zwar, schrieb er, seit den Tudors, habe England, einem fundamentalen, unveränderlichen Prinzip folgend, seiner kontinentalen Macht die Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie in Europa erlaubt. Für dieses Prinzip habe England gegen Philipp II., gegen die holländischen Generalstaaten, gegen Ludwig XIV. und Ludwig XV., gegen die französische Republik und gegen Napoleon Krieg geführt. Der Grundsatz der „balance of powers“ sei schon dem Kardinal Wolsey und Heinrich VIII. gelaufen gewesen, habe die Politik der Königin Anna, Chatham, Pitts, Palmerston und Disraelis bestimmt, den Krieg gegen Frankreich und schließlich auch die Beteiligung Englands am Krieg gegen Deutschland nötig gemacht. Der französische Verfasser wies darauf hin, daß die Salisbury, Chamberlain und Lansdowne zwischen 1898 und 1903 dieses Gleichgewicht weit lieber durch ein Bündnis mit Deutschland, gegen Rußland und Frankreich, gesichert hätten, und daß die Entente mit Frankreich erst abgeschlossen, als ihr zehmal wiederholtes Angebot in Berlin zurückgewiesen und durch die wilhelminische „Welt-politik“ durch Herrn v. Tirpitz und seine Notwendigkeit der Bewirkung des englisch-deutschen Allianzplanes verhindert worden war. „Der Krieg“, sagte der Mitarbeiter des „Correspondent“, freimütig, „hat die balance of powers zerstört“. Frankreich sei nicht nur die härteste Militärmacht des Kontinents, sondern auch sein Kolonialreich liege weit fester als das englische da. Frankreich sei in den Verdacht geraten, das Mittel- und West-länd unter seine Herrschaft bringen zu wollen, und Polen gelte für ein französisches Außenposten. England, das im Krieg um enormen Opfern von Menschen und Geld für die balance of powers gekämpft habe, wolle nicht das Frankreich Ludwigs XIV. und Napoleons wieder aufleben sehen. Zu diesen politischen Gegensätzen kämen die wirtschaftlichen, und auf diesem Gebiete der Wirtschaft beanspruchte die Kohlenfrage einen besonderen Platz. England sei zu

Bevorstehende Besetzung Essens.

Borbereitungen für Entsendung von Ingenieuren und Truppentransporte.

Die heutige Entsendung der Reparationskommission. (Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 8. Januar.

Die Annahme, daß unmittelbar nach der Feststellung der neuen „vorläufigen Richtersung“ des Vertrages von Versailles die französische Regierung mit einer Aktion den Anfang machen werde, wird durch offizielle Andeutungen gestützt, aber von einigen Montagsblättern bezweifelt. Für die unmittelbare Aktion, die nach vor den Erklärungen Poincarés in der Kammer am Mittwoch begonnen werden soll, spricht der Wortlaut einer halbamtlichen Notiz über die heutige Sitzung der Reparationskommission. Zu dieser Notiz wird angekündigt, daß die Sanktion sich der Entsendung der Kommission anschließen soll. Diese Mitteilung wird durch die Angaben eines Nachrichtenbüros ergänzt, die wir im Wortlaut folgen lassen: „Diezig Ingenieure des Bergbaues und der Marine sind am Sonntag um 8 Uhr 55 Minuten abends vom Nordbahnhof abgereist, um sich nach Essen zu begeben. In Essen werden diese Beamten nach den wichtigsten Gebieten dirigiert werden, deren Leitung sie wahrscheinlich übernehmen sollen. Die Expedition wurde unter strenger Geheimhaltung durchgeführt. Die Mitglieder dieser Expedition hatten lediglich die Order erhalten, sich in der angegebenen Stunde reifschertig am Nordbahnhof einzufinden. Hier erhielten sie ihre Billets und einen Salonwagen sowie zwei Wagen erster Klasse. Am Nachmittag sind die Ingenieure von dem Minister der öffentlichen Arbeiten Ce Troquer und dem Generalinspektor der Bergwerke Coe empfangen worden, die beide am Sonntag morgen eine Unterhaltung mit Poincaré gehabt hatten. Eine zweite Abteilung von Ingenieuren wird heute in gleicher Richtung abreisen. Aus Toulouse sind vier Marineingenieure und ein hoher Offizier der Fließwasserabteilung nach Paris berufen worden, wo sie eine besondere Mission erhalten sollen.“

Gleichzeitig mit dieser Meldung der Radio-Agentur werden Vorbereitungen für den Truppentransport angezeigt. Das 129. Infanterieregiment und das 62. Feldartillerieregiment, die beide in Epinal ihre Garnison haben, sollen am Mittwoch bereits am Rhein einreisen. Der „Petit Parisien“ schreibt, daß am Donnerstag der Ministerpräsident in der Kammer Mitteilung über die bereits vollzogenen Maßnahmen machen soll.

Das klingt wie die Ankündigung eines unabänderlichen Entschlusses, wird aber durch Meldungen anderer Art eingeschränkt und abgeändert. Die gestern abgereisten Ingenieure werden nach der Information einer gewöhnlich gut unterrichteten Zeitung nicht sofort nach Essen gehen, sondern in Düsseldorf neue Instruktionen abwarten, über die heute (Montag) vormittag der Ministerrat Bestimmungen treffen wird. Dazu wird weiter bemerkt: „An den leitenden Stellen der Regierung herrscht nicht eine vollkommene Einigung. Der Generalstab hält eine Expedition für bedenklich und glaubt, daß eine kräftigere Aktion besser wäre. Die These der lediglich wirtschaftlichen Occupation ist aufgegeben worden. Marschall Foch hat mit Seydoux eine Unterredung gehabt, deren Ergebnis war, daß dieser Gedanke unpraktisch sei. Es scheint, daß der Plan Briands aus dem Jahre 1921 wieder aufgenommen werden soll, aber ohne Mobilisation. Der Minister Ce Troquer, der an diesem Pläne mitgearbeitet hat, wurde gehört. Die Frage ist nur, wie die Arbeit im Ruhrgebiet organisiert werden soll. Die französischen Techniker brauchen mindestens einen Monat lang

deutsche Ratgeber. Ist es möglich, deutsche Techniker, vorausgesetzt, daß sie überhaupt den Willen haben, für den Dienst zu behalten?“

Man sieht, die Politik der Regierung ist nicht ganz klar. Die Grundlage der ganzen Aktion ist die Entsendung der Reparationskommission in der Kohlenfrage, die dem Ministerpräsidenten den rechtlichen Vorwand für seinen Plan geben soll. Wie es mit diesem vermeintlichen Recht bestellt ist, zeigt die Sicherheit, mit der bereits eine Entsendung gegen Deutschland in Rechnung gestellt wird, bevor noch die Vertreter Deutschlands gehört worden sind. Diese Verurteilung vor dem Prozesse erhebt sogar dem „Figaro“ nicht ganz angeschlossen. Der Redakteur für die Außenpolitik erinnert daran, daß die Reparationskommission nach dem Vertrage von Versailles ein unabhängiges Tribunal sei und nicht eine Gemeinschaft von Regierungsbeauftragten, die einfach die erhaltenen Instruktionen auszuführen hätten.

Paris, 8. Januar.

Die Pariser Radio-Agentur meldet, daß noch am Sonntag abend eine Delegation von französischen Bergwerks- und Marineingenieuren nach Essen abgereist sei, von wo sie auf die vorläufigen Hauptpunkte des Ruhrgebietes verteilt werden sollen, um dort, sobald dazu Befehl aus Paris gegeben ist, die Leitung zu übernehmen. Wir können hierzu auf Grund von Erkundigungen an den in Frage kommenden Stellen in Essen mitteilen, daß hier von einem Eintreffen französischer Ingenieure bisher nichts bekannt ist. Auch die heutige französische Kohlenkommission ist nicht darüber unterrichtet. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Ingenieure Delegation, die heute eine weitere Fahrt, direkt nach Essen rufen wird. Sie dürfte vielmehr zunächst an der Grenze des schlagelichen Gebietes in Düsseldorf oder Duisburg Ankemalt nehmen. Im übrigen hören wir aus dem linksrheinischen besetzten Gebiet, daß dort, z. B. in der Gegend von Herdingen, zurzeit größere Truppenebewegungen stattfinden zur Vorbereitung des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet, den man für Mitte dieser Woche bestimmt erwartet. Die französischen Militärbehörden haben im Bereiche zwischen dem linken und dem rechten Rheinufer eine scharfe Zensur für Briefe, Telephon und Telegramme eingeführt.

Der französische Aktionsplan.

Die geplante Besetzung Essens und seiner Umgebung unter großem Aufwand von Kriegsmaterial - Angelegte Teilnahme (Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 8. Januar.

Am Sonnabend nachmittag fand im Chlysée eine neue Beratung statt, an der außer dem Ministerpräsidenten Poincaré der Kriegsminister Maginot, der Minister der öffentlichen Arbeiten Ce Troquer und der Marschall Foch teilnahmen. Es ist anzunehmen, daß bei dieser Beratung der französische Aktionsplan besprochen wurde, und einige Zeitungen bringen trotz der offiziellen Warnung vor unzutreffenden Kombinationen in den Gedanken die Einzelheiten dieses Planes. Da für diese Angaben keine Gewähr übernommen werden kann, seien nur die Punkte wiedergegeben, bei denen eine Übereinstimmung zu herrschen scheint. Als das vorläufige Ziel der Aktion wird Essen und Umgebung bezeichnet. Die beabsichtigte Demonstration soll mit einem großen Aufwand von Kriegsmaterial - Tanks, Automotoren, Panzerwagen und Flugmaschinen - vorgenommen werden, um auf die Bevölkerung Eindruck zu machen. Die Truppen werden durch die Rheinarmee gestellt; ein belgisches Kontingent soll angeblich teilnehmen. Über den Termin der Aktion stimmen die Mitteilungen nicht überein. Die meisten Informationen behaupten, die Besetzung werde unmittelbar nach der Entschliebung der Reparationskommission über die Kohlenlieferungen erfolgen, wahrscheinlich noch am Mittwoch, damit Poincaré bei seiner für den Donnerstag angelegten Erklärung in der Kammer bereits auf eine vollzogene Landnahme hinweisen kann; einige Zeitungen glauben aber, daß Poincaré bis zum 15. Januar warten wird, um dann Sanktionen und Pfandsicherungen miteinander zu verbinden.

seinem Reichtum gelangt, indem es als erste Nation die Kohle in großem Maßstabe zur Entwicklung seiner Industrie verwertet habe, und aus seinen beiden großen Exportquellen, Kohle und Eisen, schöpfe es seine wirtschaftliche Kraft. Deutschland sei immer der beste Abnehmer Englands gewesen, darum habe man in England niemals die Zertrümmerung Deutschlands gewünscht. Jetzt bestürzte man in England, daß Frankreich sich die Kohlengruben und die metallische Mittel- und Westeuropas aneignen, Handel und Industrie Deutschlands vernichten und den wichtigsten Markt Englands erdroßeln werde, und der englischen Industrie den furchtbarsten Schlag beibringen. Wahrscheinlich kann man all die Behauptungen, mit denen der französische Imperialismus die englische Macht, die englische Sicherheit, den englischen Wohlstand einzufrieren und einzureißt, nicht besser darstellen, als der ungenannte Franzose sie schon im Jahre 1920 geschrieen hat. Wenn wir eine solche Darstellung übernehmen wollten, könnte man behaupten, wir sprächen pro domo und wollen England und Frankreich entzweien. Es genügt, hinzuweisen, daß seit jenem November 1920 auch das oberste Reichliche Kohlengebiet mit Hilfe des in Genf überempulpen Balfour und mit dem weitläufigen parteiischen Schiedsrichter, dem polnischen Hofgärtner, Frankreichs zugehoben worden ist. Durch diesen Rechtsbruch hat man die französische Hegemonie noch erheblich ausgedehnt, den deutschen Abnehmermarkt weiter runtert, nachdem das alles geschehen durfte,

stehen die französischen Regimente marschbereit, um in Westfalen einzuordnen. „Änder“ im Rheinlande, Besetzung von Essen - das ganze Programm soll verwirklicht werden, das sich gegen das Leben Deutschlands und gegen die Industriemacht Englands richtet, und nichts kann größeres sein als der Vorwand, unter dem das alles geschieht. Jene französischen Verwaltungsbeamten, die gar nichts verwalten können, bei sich zu Hause nicht Ordnung schaffen und im Saargebiet eine geringe Fähigkeit bewiesen haben, sollen uns zeigen, wie es gemacht werden muß. Sparlamkeit soll uns von den Herren gelehrt werden, die im Rheinlande den Siegestruß nur auf edle Perleerpepiche setzen und unter leidenden Degen ruhen. Der französische Verfasser des Aufsatzes „Worin die Interessengegenstände Frankreichs und Englands bestehen“, der in der Nummer des konservativen „Correspondent“ vom 25. November 1920 erschien, vertritt dann noch einen anderen Punkt. Er sprach von der französisch-belgischen Militärkonvention, durch die Belgien - wie Polen und wie die afrikanischen Kolonien - zu einem Rekrutendepot Frankreichs gemacht worden ist. Diese Konvention habe in England eine große Verwirrung hervorgerufen, und die „von gewissen Vätern, selbst von den gemäßigtesten und einflussreichsten, offen vorgebrachte Forderung, daß ein Seebündnis sich angeschlossen müßte, das Frankreich die Herrschaft über die Scheldemündung geben würde“, habe den bösen Einbruch noch verstärkt. England, heißt es in dem Artikel, habe immer verhindert wollen, daß die Scheldemündung und Antwerpen in

die Hände einer Großmacht gerieten, und Antwerpen, eine geladene Pistole, auf das Herz Englands gerichtet, sei ein weber von den englischen Seeleuten, noch von den englischen Militärs, noch von den englischen Politikern verzeigener Satz. Im Antwerpen und die Schelde Napoleon zu entreißen, habe das englische Kabinett im Jahre 1809 die unglückliche Expedition nach der Insel Walcheren unternommen. Heute, mit der modernen Marine, gelangt der einseitige Politik der Korrespondenz ohne Umschweife, wären die Schelde und Antwerpen in den Händen einer Großmacht eine noch weit größere Gefahr. In Holland, wo man diese Befürchtungen teilte, seien seit den französisch-belgischen Abmachungen die Sympathien für England sehr gewachsen, und die Vlamen in Belgien, die den Vertrag mit Frankreich mißbilligten, empfänden die gleichen Sympathien. Die belgische Neutralität sei für England, nach der belgischen Resolution, ein Mittel gewesen, um Frankreich fernzuhalten, und diese Neutralität existiere nun nicht mehr. Wies mit solchen Ausführungen der weltkundige Franzose nicht auf eines der wertvollsten Kriegsergebnisse hin? Die englischen Staatsmänner sind in den Krieg eingetreten, um die balance of powers zu erhalten, und dieses Gleichgewicht, für das England gebietet hat, ist von Frankreich zerbrochen worden — und das englische Volk hat sich begeistert, weil es die Neutralität Belgiens verteidigen wollte, und sofort nach dem Kriegsende hat Frankreich diese Neutralität beseitigt und aus Belgien sein Instrument gemacht. Auch auf dieser Seite des kontinentalen Schauplatzes hat seit 1920 die Entwicklung sich fortgesetzt. Nach vor einigen Monaten schied die belgische Regierung ihrem Lande einen Rest von Unabhängigkeit und Selbständigkeit wahr zu wollen, diesmal aber hat offenbar der König Albert in Paris versprochen, seine Feindschaft treu zu erfüllen. Vor einer Woche, im vorigen Monatsartikel, ist hier dargelegt worden, wie die gegenwärtige Situation in Italien den französischen Imperialismus begünstigt und welche Vorteile er aus den letzten Vorkäufen in Belgien ziehen kann. Was Italien betrifft, so können wir nur bedauern, daß die ehelichen Freundschaftsbeziehungen, die sich über den Gräbern wiederanknüpfen, jetzt in Ruine sind, und daß ein Volk, mit dem wir immer gern Hand in Hand gegangen wären, von demselben Namen abermals in eine deutschfeindliche Politik hineingetrieben werden soll, der es schon 1916 in den Krieg mit Deutschland hineingetrieben hat. Daß die Zollensbrüche und Straßenverunstaltungen der germanisierten Wallonen, die dem parlamentarischen Siege der Vlamen in der Generalkonferenz folgten, den Belgierkönig und seine bevorzugten Ratgeber ganz in den französischen Kreis drängen würden, war vorherzusagen. Man will ja den Wallonen und den Franzosen beweisen, daß das Herz treuer französisch spreche, wenn auch eine Universität dlemisiert werde, und man steht im engen Bündnis mit Frankreich einer Schutzwall gegen über dem vordringenden Vlamentum. Ob die belgische Regierung ein hunderttausend Soldaten nach Osten senden, oder dem französischen Imperialismus nur eine „moralische“ Unterstützung zukommen lassen will, ist völlig gleich. Es ist sogar sehr glaubwürdig, daß der französische Imperialismus auf die überflüssige belgische Begleitmannschaft lieber verzichtet, weil er es vorzieht, die ganze Beute für sich zu behalten und Herr im Hause — im fremden Hause — zu sein. Zum ersten Male hat Belgien jetzt seine bedingungslose Abhängigkeit von der Pariser Politik bekundet. Frankreich hält die „geladene Pistole“ in der Hand.

Der zweifelslos sehr hervorragende Franzose, der vor zwei Jahren die damals erst begonnene Entwicklung beleuchtete, gelangte zu der zutreffenden Schlussfolgerung, man gerate mit schmerzhaften Irrtümern, Selbstheiten und Kompromissen unweigerlich in eine Katastrophe hinein. Da er ein Franzose ist, forderte er zur Verhinderung der Katastrophe allerdings etwas einseitig Opfer von England, Streichung des englischen Guthabens und Herabsetzung der englischen Rohstoffpreise, und es war durchaus nicht ersichtlich, warum England nach Vornahme dieser Operationen hätte nicht wiederhergestellt oder die balance of powers wäre wiederhergestellt. Aber der französische Autor war das Richtige, wenn er erklärte, die alten und von jeder mittelmäßigen Methoden der Überzeugung, Knebelkoden und Mittelernis, die Methoden der Überzeugung und Verkeimerung, der ewigen Vertagungen und der Kaufgeschäfte seien heute eine schwere Gefahr. Leider hat man, seit er diese Wahrheit niederrief, volle zwei Jahre hindurch, die gefährlichsten Methoden weiter angewendet, und darum ist Deutschland an den Rand des Abgrundes, Europa in die tiefste politische und wirtschaftliche Zerrüttung, der maßlose französische Imperialismus zur übermächtigen Vorherrschafft gelangt. Die Welt, die von den Schulern der alten Mißverständnisse unheilvoll zugerichtet wurde, braucht Männer, die durchdrungen sind von dem Geiste, der Willenskraft und den Traditionen des glücklichen Pitt. Nicht um eine neue Kriegscoalition zur Wiederaufrichtung des europäischen Gleichgewichts zu schaffen, sondern um auf friedlichem Wege durch unbedingungslosigkeit und durch Verzicht auf jede Selbstheit den neuen Napoleonismus zur Beherrschung zu zwingen. Heute wäre es noch nicht zu spät. Ein militärischer Friede würde kommen, Europa würde aufblühen, eine wahre englisch-französische Freundschaft, die dem französischen Volke das Gefühl der Ruhe geben und darum auch uns nur angenehm sein könnte, würde nach Beseitigung der Hindernisse entstehen. Wenn aber die reinigende Entschlußkraft fehlt, wird das Wort des Erbenden Pitt, dem die Kunde vom Siege Napoleons bei Austerlitz das Herz gebrochen hatte, wieder aktuell werden: „Nur werdet zehn Jahre lang die Karte von Europa dort nicht gebrauchen — darum rollt sie zusammen!“ Er wußte, was französische Hegemonie für die Welt, und für England, zu bedeuten hat. Kein Napoleon spricht heute, wie damals, als dieser große Staatsmann, dieser große Engländer, dieser große Europäer verfiel. Aber wenn von Pitt nichts mehr übrig ist als ein Schattenbild in Westminster, so ist Europa unterwegs nach einem neuen Austerlitz.

Militärische Vorbereitungen in Düsseldorf.

Lanzgeschwader zur Abscheidung.

Nach dem uns aus Düsseldorf vorliegenden Meldungen werden von französischer Seite dort schon gewisse militärische Vorbereitungen getroffen, wie überhaupt im allgemeinen ein regeres militärisches Leben zu bemerken ist. So werden von den Franzosen Schulen für Bureauverwe, neue Quartiere sowie Garagen für eine bestimmte Anzahl von Automobilen angefordert. Auch Lanzgeschwader durchfahren die Straßen. Diese französischen Maßnahmen, die offenbar demonstrativen Charakter haben und auf die Bevölkerung infizieren Zweck machen sollen, als sie die Vorwahrhaftigkeit erzeugen und dem

Engerer Anschluß Italiens an Frankreich?

Mussolinis Do ut des-Politik.

Entscheidung gegenüber der Haltung Englands und Americas. — Der Ruf nach Kompensationen für die Unterfütterung Frankreichs. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 8. Januar.

Die Frage eines engeren Anschlusses Italiens an Frankreich wird in unterrichteten Kreisen nicht als spruchreif bezeichnet. Alles hänge von den Verhandlungen ab, die auf Grund der bekannten Mussolinischen Lösung „do ut des“ mit Paris geführt werden. Tatsache ist, daß augenblicklich weder England noch America viel Sympathien genießen, da die italienischen Interessen nach dieser Richtung von den beiden angestrichelten Mächten nirgends genügend beachtet würden. Dies gilt namentlich für England, dem man es sehr vermissen, daß es die zu Kriegbeginn in London deponierte Goldgarantie von einer halben Milliarde nach Amerika sendete, was man hier vielfach als gleichbedeutend mit dem Verlust der Summe bezeichnet. Derartige Erwägungen scheinen zu einer Enttarnung zwischen Italien und England-America geführt zu haben, von denen man erst jüngst noch alles teil für Italien und ganz Europa erwartete. Die Presse betont die Notwendigkeit wenigstens von Frankreich Vorteile herauszuschlagen, die man andernorts nicht finde. „Waffengros“ schwebt die peinliche Lage Frankreichs, das durch die Spaltung der Entente fast noch mehr verlor als Deutschland, das, solange die Entente einig war, immerhin noch auf englische Hilfe rechnen konnte. Heute sei Frankreich von internationaler Hoffinanz bedroht, die mehr die Interessen Deutschlands als der lateinischen Länder im Auge habe. (2) Um diesen auch für Italien gefährlichen Manövern zu begegnen, müsse sich Italien Frankreich anschließen, das das von England zurückgelehnte (3) Italien mit offenen Armen aufnehmen. Auch der offizielle „Nuovo Paese“ hebt die plötzliche große Freundschaft Frankreichs für Italien hervor und erwartet, daß die Verhandlungen mit Paris für Italien ein günstiges Ergebnis erzielen werden. „Giornale di Roma“ erwähnt die wahrscheinliche Bezeichnung Essens, demotiert aber die Pariser Behauptung, daß Italien Frankreich bereits seine volle Zustimmung erteilt habe. Vielmehr schwächen hierüber noch Verhandlungen. Einen besonderen Standpunkt in der ganzen Frage nimmt nur die „Stampa“ ein mit der Erklärung, die Entente ohne England bedeute einfach die endgültige Aufrichtung der französischen europäischen Hegemonie.

„Idea Nazionale“ tadelt die Auflosigkeit des Schimpfens auf England, dessen Pariser Seite nur ein wohlüberlegter erster Akt einer neuen Politik war, der die künftigen Beziehungen Englands zum übrigen Europa bis zum nächsten Kriege regeln werde. Italien müsse sein Möglichstes tun,

um die gefährliche Vereinigung (?) Englands zu verhindern. Das Blatt schlägt dann vor, daß Frankreich, Italien und Belgien sich auf das Memorandum Mussolinis einigen sollten, das Deutschland aufgegebenen werde und die militärische Aktion Frankreichs aufhalten könne. (4) Solche Verständigungen zwischen Frankreich, Italien und Belgien könnte auch auf England einen gewissen Einfluss haben, der immerhin gewisse Vorteile verspreche. Entweder zeigen die Engländer dann den Alliierten eine gewisse Solidarität, die den drei Kontinentalmächten sowohl in der Reparationsfrage wie in der Schuldenfrage zugute käme, oder aber London lehne ab, und dann müßten Frankreich, Italien und Belgien ihrerseits geschlossen und energisch in Berlin auftreten, wobei Italien für die Unterfütterung Frankreichs besondere Kompensationen (5) erwirken solle. „Giornale d'Italia“ meint, das Problem des europäischen Wiederaufbaus sei nunmehr lediglich ein Problem der europäischen Verteilung gegenüber dem strobenden Reichum England-Americas. Zum erstenmal fühle sich Europa furchtbar eingewängt zwischen der angestrichelten Hegemonie und dem Erwachen des Orients.

Die große Mailänder Presse ist nicht minder beunruhigt als die römische. „Corriere della Sera“ klagt, daß die Katastrophe in dem Augenblick eingetreten sei, wo Frankreich so erheblich von seinem intransigenten Standpunkte abgewickelt hat (6) und es England nur eine seine Anstrengung gestiftet hätte, das deutsche Angebot und die französische Forderung zu vereinigen. Die Angehörigen hätten nicht das Recht, das Bestreben der kontinentalen Verbündeten zu gefährden, Deutschland gefährlich aufzuheben und sich gegenüber dem Feinde von gestern und dem furchtbaren Nachbar von morgen (7) zu verhalten, wie sich angeblich Frankreich gegenüber der Türkei verhielt. Die Engländer verweigern ganz, daß schon heute sich ein russisch-türkisch-deutscher Block zu bilden begäme, der von Rhein bis zum Pazifik reiche und für die Angehörigen selbst schwere Gefahren berge. Die Entente sei nur dann noch rettbar, wenn unter Teilnahme Amerikas schieunigt ein Verständigungsstorgeb einberufen werde. „Secolo“ dementiert scharf: „Was eintrat, war seit zwei Jahren unvermeidlich. Heute schwingt endlich Frankreich, von niemandem gestört, den Versailles Vertrag wie ein Schwert in der Luft, um einen schloßts verhältnissen neuen Europapakt zu beginnen. Denn Frankreich verfolgt mit dem Reparationen ja kein anderes Ziel, als Deutschland endgültig zu vernichten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man heute wieder von einem französisch-belgisch-italienischen Militärbündnis spricht, in welchem Falle Italien aber sehr darauf achten müßte, daß die Kompensationen den Opfern entsprechen.“ Der Horizont sei überaus düster, zumal auch die Tücken aus der europäischen Akte Kuppen äßen und hinsichtlich Mussolis, wie der Manipulationen unmaßgeblich bleiben dürften. Italien müsse also reichlich überlegen, welche Stellung es einnehmen wolle.

französischen Vorgehen mehr Nachdruck verleihen sollen, werden mit Ruhe und Zurückhaltung betrachtet.

Kabinettsbesprechungen über die Situation.

Keine Verhandlungen allein mit Frankreich.

Nachdem Staatssekretär Bergmann, wie gemeldet, dem Reichstagler über seine Einbrüche in Paris während der Konferenz berichtet hat, ist die Reichsregierung nunmehr damit beschäftigt, insbesondere die Rechtslage zu prüfen, die gegebenenfalls durch ein isoliertes Vorgehen Frankreichs gegen das Ruhrgebiet geschaffen würde. Obwohl die Beratungen der Reichsregierung noch im Gange sind, kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß eine derartige französische Handlungsweise, die von Frankreich befanntlich mit angeblichen Verletzungen Deutschlands begründet wird, als ein Rechtsbruch anzusehen ist. Die Reichsregierung wird weiter darüber zu beschließen haben, welche Schritte sie angesichts eines solchen Rechtsbruchs zu unternehmen hätte. Eines dürfte wohl klar sein: daß sich die deutsche Regierung durch keinerlei „Sanktionen“ und ähnliche Zwangsmaßnahmen dazu verpflichten würde, mit Frankreich allein in Verhandlungen einzutreten. Heute nachmittag findet abermals eine Ministerbesprechung statt, in der sich die Reichsregierung mit der gegenwärtigen Lage weiter beschäftigen wird.

Die Sozialdemokratie und die Ruhrbesetzung.

Wels über das Panama des Besetzungsheeres.

Die sozialistische Internationale nahm auf ihrer Kölner Tagung, wie bereits berichtet, einstimmig eine Entschlossenung an, die sich gegen die drohende Ruhrbesetzung wandte. Das Aktionskomitee proklamiert darin „mit aller Kraft gegen die Politik, die unter dem Vorwand der Wiederaufnahme geistliche Maßregeln gegen Deutschland, insbesondere die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, beschließen läßt und fordert die sozialistischen Parteien auf, diese Politik mit Entschlossenheit zu bekämpfen.“ Bemerkenswert war eine Rede des sozialdemokratischen Führers Otto Wels in Köln, der unter anderem erklärte:

„Mit allen Nachdruck und in vollem Bewußtsein meiner Verantwortung erkläre ich hiermit: Wenn diesem Panama des Besetzungsheeres nicht sehr bald ein Ende gemacht wird, so wird es uns deutschen Sozialdemokraten unendlich sein, weiter für die Erfüllung auch der legitimen Forderungen Frankreichs einzutreten. Das deutsche Volk leidet selbst zu große Not, als daß ihm länger zugemutet werden kann, Opfer zu bringen, die nachweisbar nicht dem Wiederaufbau von zerstörten und der Bänderung fremder Sorgen und Ängste dienen, sondern in der Hauptsache in das Saugloch des französischen Militarismus und des Abwärtens und unter neuer Äde und Sorgen bei den eigenen Volksgenossen erzeugen.“

Diese Äußerungen lassen an Deutschland nichts zu wünschen übrig. Im „Vorwärts“ unterfucht der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid die Frage, was die Sozialdemokratie nunmehr zu tun habe. „Nichts wäre verfehlter“, schreibt er, „als wenn die gegenwärtige Regierung oder irgend eine andere den Einsitzierungen der nationalistischen Kreise nachgäbe, und nichts bedenklicher, als wenn die Sozialdemokratie sich bereit fände, eine Einheitsfront mit ihnen zu bilden.“ Die Regierung müßte jetzt, fährt er fort, das Projekt veröffentlichen, mit dem Staatssekretär Bergmann in Paris auf Antwort gewartet habe. Das Kabinett Golln sollte zeigen, daß es einen Vorschlag habe unterbreiten wollen, der Frankreich unmittelbar zu einem größeren Geldbetrag verfallen hätte. Es sollte sich darüber hinaus eventuell bereit erklären, die in diesem Vorschlag angeführte Summe entsprechend den englischen und italienischen Reklamationen zu erhöhen. Es solle

Industrie und Landwirtschaft dazu nötigen, die in Aussicht gestellten Garantien positiver zu umschreiben. Damit würden sich sicherlich die angeführten Gewaltmaßnahmen kaum mehr abweisen lassen, aber wir könnten zu doch wirksamere spätere Diskussionen vorbereiten und gleichzeitig diejenigen unterstützen, die heute schon in Frankreich das Vorgehen Poincarés für bedenklich hielten, aber noch nicht den Mut und die Kraft besäßen, ihm wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.

Dr. Wirth über die Erfüllungspolitik.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Wien, 7. Januar.

Das öffentliche Auftreten des früheren Reichstagslers Dr. Wirth auf den heutigen Parteitag des rheinischen Zeitraums war eine Sensation für Köln. Tausende von Besuchern konnten in dem Sitzungssaal keinen Platz mehr finden. Dr. Wirth begann seine Rede damit, daß er das gegen politische Lebensgedanke, das heute in Deutschland pulsiert. Es gelte, diese politischen Kräfte zu einer einheitlichen politischen Willensbildung zusammenzufassen und zu einer klaren politischen Linie zu formen. Dr. Wirth betonte, wie notwendig es sei, die deutsche Industrie zur Durchführung der Rote vom 13. November heranzuziehen. Mit einer gewissen Berührungsgedanke der früheren Reichstagsler der Kräfte, die damals das Inlandformen der großen Reaktion verhindert hätten. Wer das deutsche Volk in Bürger und Arbeiter spalten wolle, begehe eine Todsünde an Deutschland. Dr. Wirth verteidigte weiter seine Politik des Erfüllungswillens und erwähnte hierbei, daß Lloyd George ihm in Genoa gesagt habe, ohne diese Politik wäre Deutschland zerfallen worden. Die heutige Regierung habe, ohne von rechts kritisiert zu werden, weit größere Erfüllungsvorhaben gemacht als er. Auch in der Frage des Rapallo-Vertrages hätte die deutsche Industrie einschließliche Hugo Stinnes nachträglich der Regierungspolitik recht gegeben. Der Rapallo-Vertrag enthalte keine militärischen Klauseln und der Aufenthalt Tischlerinnen in Berlin sei die Folge einer ärztlichen Operation gewesen, der Tischlerin sich unterworfen habe. Dr. Wirth verwahrte sich dagegen, das Wort „der Feind sieht rechts“ ausgesprochen zu haben. Der Feind sei dort zu finden, wo man durch maßlose Verheerungen und einen an Wahnsinn grenzenden Antisemitismus immer neues Gift in die Wunden des deutschen Volkes trünke. Unter klarer Bewegung der zurückergebotene der früheren Reichstagsler seines Mitarbeiters Dr. Mathenau. Dr. Wirth wollte sich ferner an America, dessen Amerikaner lagen, daß während ihre Anteilnahme an europäischen Fragen im Schmelztempo wacke, Europa im Übergangtempo verende. Der Grund hierfür sei der Vertrag von Versailles, den Dr. Wirth den Herrschamer der Zeit vor Europa's nannte. Zur Besserung seiner Lage brauche das deutsche Volk außer einer großen politischen Willensbildung eine unendliche Geduld. Wer heute eine Politik des Sabotagekessels betreibe, arbeite Poincaré geradezu in die Hände. In Bezug auf das Rheinland bestonte der Redner den wirtschaftlichen Wert Berlin einer Rheinpolitik. Die finanziellen Grundfragen einer bewartigen Zolllinie könne man den Franzosen in ein paar Klitz Papiermarkt mit der Eisenbahn übergeben. Dr. Wirth schloß seine, mit großer Freude vorgetragene Rede mit dem Ruf: Aufwärts und vorwärts! Das Publikum bereitete dem früheren Reichstagsler große Ovationen.

S. Dortmund, 8. Januar.

Der deutsche Reichstag wird einem heute in Stuttgart v. d. S. gehaltenen Reichstags des Zentralkomitees zufolge in diesem Jahre in Köln stattfinden.

Die angeblichen Holz- und Stichtofflieferungen an die Entente.

Die angeblichen Verfehlungen.

Deutsche Antwort auf die Behauptungen der französischen Denkschrift.

Die französische Presse veröffentlichte eine Denkschrift der französischen Regierung über die deutschen Sachlieferungen, die den Alliierten erbringen sollte, das Deutschland bei der Lieferung von Rohöl, Holz, Zement, Eisen, Kupfer und Stichtoff und in der Behandlung der sogenannten Le Trocquerischen Pläne gegenüber den ihnen obliegenden Verpflichtungen sich systematisch absichtliche Verfehlungen habe zu schuldig kommen lassen.

Den Behauptungen der Denkschrift ist bezüglich der Rohöllerlieferungen bereits in einer ausführlichen Veröffentlichung entgegengetreten worden.

Was die Holzlieferungen, für die der eine deutsche Verfehlung feststellende Beschluß der Reparationskommission ergangen ist, und die übrigen in der Denkschrift behandelten Fragen anlangt, so wird sich hierzu von zureichender Stelle mitgeteilt.

Die Denkschrift beruht sich auf die auch in der deutschen Presse mehrfach erörterte Entscheidung der Reparationskommission vom 26. Dezember 1922, die gegen die englische Stimme eine Verfehlung der deutschen Regierung im Sinne des § 17 Annex II bei der Ausführung der Holzlieferungen an Frankreich im Jahre 1922 feststellte. Es handelt sich hierbei um eine Anforderung von 55 000 Kubikmeter Schnittholz und 200 000 Telegraphenpfählen, von welchen Mengen Deutschland bis zum 30. September 1922 35 000 Kubikmeter Schnittholz, 65 000 Stbd geliefert hat. Die Denkschrift macht zu diesen Lieferungen drei Bemerkungen, die nicht unüberprüfbar sind.

1. Die Denkschrift behauptet, daß das gefasste Schnittholz bis zum 30. September 1922 hätte geliefert werden müssen. Ein solches Datum ist aber weder in den der deutschen Regierung übermittelten Anforderungskommanden noch in den zugehörigen Listenbestanden enthalten. Nach diesem, der deutschen Regierung zugegangenen offiziellen Material lief vielmehr die Lieferung bis zum Ende des Jahres 1922.

2. Die Denkschrift behauptet, daß die 55 000 Kubikmeter Holz, verglichen mit der deutschen Erzeugung und den Bedürfnissen der besetzten Gebiete, ein sehr geringes Quantum darstellten. Die Denkschrift verzagt hierbei, daß Deutschland nicht nur die 55 000 Kubikmeter Schnittholz an Frankreich zu liefern hat, sondern daß die Gesamterzeugung der Reparationskommission für das Jahr 1922 sich auf 1,7 Millionen Kubikmeter, in Rundholz gerednet, beläuft, und daß man bei Prüfung der deutschen Lieferfähigkeit nur diese Gesamtmenge zu der deutschen Erzeugung in Vergleich setzen darf. Da die deutsche Erzeugung nicht einmal ausreicht, den deutschen Bedarf zu decken — Deutschland hat schon vor dem Kriege immer Holzgebiets fremdland —, so konnten diese Forderungen von der deutschen Erzeugung bei normalem Einfluß, nicht erfüllt werden. Mannehnen zur Verrechnung des Einfuhrüberschusses waren oder infolge der späten Bekanntheit der benötigten Anforderungen seitens der Reparationskommission im März des Jahres 1922 nicht mehr mit voller Wirksamkeit zur Durchführung zu bringen. Hierfür hatte die deutsche Regierung bereits bei Entgegennahme der Anforderungen der Reparationskommission ausdrücklich aufmerksamer gemacht.

3. Die Denkschrift enthält eine Bemerkung über „die unendlich langen Erörterungen, deren es bedurfte, um den Preis der Holzlieferungen festzustellen. Die deutsche Regierung behauptete, daß die ihr angebotenen Preise zu niedrig seien, daß die Lieferanten sich absichtlich weigerten zu liefern, sie seien zu teuer. Von diesen Behauptungen hat die deutsche Regierung in ihren Kaufverträgen mit französischen Käufern Angebote unterbreitet hatten, und zwar zu niedrigeren Preisen als die in Rede stehenden.“

Dem ist folgender Tatbestand gegenüberzusetzen: Die Bestellungen waren der deutschen Regierung ohne Angabe der Güterpreise bekanntgegeben worden, obgleich diese bereits im Januar und Anfang März 1922 alle Unterlagen für die Preisbildung in Deutschland übergeben hatte. Die deutsche Regierung hat wiederholt um Festsetzung der Preise gebeten und darauf hingewiesen, daß die Unkenntnis der Güterpreise erhebliche Schwierigkeiten bei der Holzabgabe zur Folge hätte, daß sie die Grenzen nicht kenne, bis zu welchen sie ohne wesentliche finanzielle Verluste des Reiches die Preisforderungen der Holzhandels erheben könne. Sie hat jedoch niemals behauptet, daß die Lieferanten sich weigerten zu liefern, und hat die Tatsache der Unkenntnis der Güterpreise auch bei ihrer Abdringung vor der Reparationskommission am 1. Dezember 1922 nicht als Begründung für die Nichterfüllung der Lieferungen angeführt. Sie hat vielmehr dem deutschen Holzhandel Preise bewilligt, die zum Teil weit über die seiner Zeit angegebenen Güterpreise hinaus gingen. Daß zu gleicher Zeit deutsche Lieferanten im freien Handel französischen Käufern zu niedrigeren Preisen Angebote hätten ausgeben lassen, ist richtig. Dies ist aber eine Tatsache, die auch sonst bei den Reparationslieferungen Bemerkung worden ist. In diesen Fällen kann es sich immer nur um einzelne aus einer geschäftlichen Beziehung bestehenden Verträge von geringererem Angebots handeln, die niemals als eine Grundlage für die allgemeine Beurteilung von Preisen benutzt werden können.

Auch ist es zureichend, daß es sich in solchen Fällen wirklich um ein vollkommenes Angebot gehandelt hat, denen eine Erfüllung der Lieferung hätte folgen können, und daß diese Angebote sowohl nach Späzt als auch nach Qualität den besonderen Bedingungen entsprachen, die für die Reparationslieferungen festgesetzt waren.

Aus Vorstehendem und aus sonstigen amtlichen Mitteilungen ergibt sich für jeden objektiven Beurteiler unmissverständlich, daß es nicht eine Verfehlung der deutschen Regierung ist, wenn die seitens der Reparationskommission unter erschwerten Bedingungen aufgelegten Holzleistungen im Jahre 1922 nicht voll geliefert werden konnten; es ergibt sich vielmehr mit zureichender Deutlichkeit, daß sämtliche deutschen Dienststellen in sachlicher und finanzieller Hinsicht jedes Maß von Eifer und Entgegenkommen an den Tag gelegt haben, um den die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Stichtoff.

Auch die in der letzten Zeit mehrfach in der deutschen Presse erörterte Ablehnung der französischen Stichtofflieferungen ist unter den in der Denkschrift angeführten Umständen zu erklären. Die Verfehlung wird anlässlich der Tatsache der Ablehnung erklärt, und als erschwerend wird angesehen, daß die deutsche Regierung sich gleichgültig bewies, erklärt habe, gegen Verhandlungen von Interessenten beider Länder über solche Stichtofflieferungen gegen Verabreichung keine Einwendungen erheben zu wollen. Zur Begründung des französischen Stichtoffbedarfes wird bemerkt, daß Frankreich auf Chilekalisalz angewiesen sei, da es nicht die nötigen Kohlen besitze, um seine Stichtofflieferungen intensiver zu gestalten.

Die Denkschrift erkennt im übrigen an, daß Deutschland die nach dem Versailles Vertrag in Teil VIII Anlage V § 8 u. a. übernommenene Verpflichtung der Lieferung von 80 000 Tonnen schwefelsauren Ammoniak für eine Lieferung von drei Jahren foreständig zu gewährleisten hat. Diese Lieferung von 30 000 Tonnen Ammoniak-Sulphat entsprach reichlich dem Bedarf von Stichtoff im zerstörten Gebiet Nordfrankreichs, wie die französischen Sachverständigen selbst angeben. Aus diesen Gründen erklärt sich auch ihre Festlegung als Pflichtlieferung im Versailles Vertrag. Wie schwer die formale Durchführung der Lieferung dieser Mengen Stichtoff für Deutschland ist unter welchen Opfern sie gebracht wird, ist den Sachverständigen des Frankreichs wohl bekannt. Die Pflichtlieferungen von 80 000 Tonnen Ammoniak-Sulphat laufen noch, gehen aber im Laufe des Monats April zu Ende. **Der Beendigung dieser Lieferungen hat Frankreich sein Recht,**

Weitere Forderungen auf Lieferungen von schwefelsaurem Ammoniak zu stellen.

Zum ersten Male ist im Dezember 1922 eine französische Kommission zu Verhandlungen über die Fortsetzung dieser Lieferungen in Berlin gekommen. Dabei wurden aber nicht etwa, wie die Denkschrift, 30 000 Tonnen Stichtoff sondern 80 000 Tonnen, also das Dreifache der bisherigen Pflichtlieferungen, nach dem Versailles Vertrag verlangt. Es liegt also ebenso wie beim Holz und der Kohle eine **Ueberforderung** an Naturalleistungen vor. In den Verhandlungen wurde den französischen Sachverständigen einmütig nachgewiesen, daß der in Deutschland zurzeit erzeugte Stichtoff bei weitem nicht ausreicht, um den eigenen für die Volksernährung und Industrie erforderlichen Bedarf zu decken. Die deutsche Regierung hat intolabelerweise gebeten, von einer Forderung auf Lieferung von Stichtoff abzusehen. Da die vorgenannte Kommission aber antwortete, Stichtoff im Austausch gegen Lieferung von französischen phosphorhaltigen Düngemitteln aus Ägypten und Tunis zu liefern, hat die deutsche Regierung allerdings erklärt, daß sie nichts dagegen einzuwenden hätte, daß solche Verhandlungen zwischen den Interessenten beider Länder geführt werden. Von einem Angebot gegen Verabreichung war dagegen nie die Rede. Bei diesem Zugeständnis ließ sich von dem Gedanken leiten, dem offensichtlich auftretenden Mangel der Gegenleistung, phosphorhaltige Düngemittel aus Frankreich abzuführen, seine Schwierigkeiten zu bereiten, wenn private Verhandlungen der Interessenten über die Abnahme von Phosphaten aus Frankreich zu einem Ergebnis führen sollten.

Was endlich die eigene Stichtoffherzeugung Frankreichs betrifft, die, wie die Denkschrift behauptet, wegen Mangel an Kohle nicht intensiver gefaltet werden könne, so muß dem entgegen gehalten werden, daß die meisten französischen Werke für den Betrieb mit Wasserkraft vorsehen sind, daß aber Frankreich diese Werke zurzeit nur zu einem kleinen Teil betreibt. Die Stichtoffherzeugung dieser Werke bei voller Förderung beläuft sich nach vorläufigen Angaben auf 350 000 Tonnen Stichtoff zu veranschlagen. Würde Frankreich also seine eigenen vorhandenen Werke voll in Betrieb nehmen, so würde es daraus vorausichtlich, ohne eine Tonne Kohle mehr zu verwenden, fast die gleiche Stichtoffmenge erhalten, die es jetzt von Deutschland anfordert.

Flastersteine

Die Entschuldigungsentscheidungen und Durchführung einer Flastersteinlieferung gibt der französischen Regierung Veranlassung zur Behauptung, „daß Widerstand sich systematisch auf allen Lieferungsgebieten zeigt“. Die Denkschrift bemängelt das geringe Angebot gegenüber den Anforderungen, die die Lieferanten der Lieferungen und die händliche Aufreihbarkeit mit den Preisbewilligungen. Aus alledem wird die Schlussfolgerung gezogen, daß auch hier über die Mitleidenschaft offenkundig sei.

Eine einfache Darstellung der nachdenklichen Lage soll diese ungeschwätzte Behauptung selbst rücken. Auch hier richtet sich die Frage gegen den Käufer, wenn gezeigt wird, wie überaus die ursprüngliche Forderung war, und wie unzureichend die Preise. Die ursprüngliche Forderung lautete auf 80 Millionen Flastersteine, die bald selbst von der Reparationskommission zum Teil zurückbehalten wurde. Die Kommission über diese Mengen ging im Oktober 1922 zu Preisen von 2600 bis 4000 Quadratmeter für 10 Tonnen je nach Format und Qualität. Auf Grund einer im Januar 1922 erfolgten Befristungsreihe der französischen Sachverständigen durch die Steinindustrie überzogen sich Frankreich selbst von der **Unmöglichkeit der Durchführung der Forderung**. Sieben anschließend ermahnte die Reparationskommission selbst die monatliche Liefermenge von 16 000 auf 7500 Tonnen ab 1. August 1922. Diese Liefermenge wurde im wesentlichen auch eingehalten, in einigen Monaten sogar übererfüllt. Durch Eifer und Anspornhaftigkeit der Lieferanten konnte die Lieferung bis zur Grenze des Möglichen auszuführen, auch wenn dadurch der deutschen Wirtschaft unverhältnißmäßig hohe Kosten aufzubringen wurden. Das Resultat dieser Bemühungen ist darauf zurückzuführen, daß diese **Verordnungen von vornherein die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit übersteigen**, daß Streiks, Transportschwierigkeiten und andere nicht von der deutschen Regierung zu vertretende Umstände und nicht zum wenigsten vertragswidrige Handlungen französischer Dienststellen die Bestimmungen der Reparationskommission erfüllt haben. Von einem Rückziehen oder gar einer **absichtlichen Verfehlung der deutschen Regierung kann hier nicht die Rede sein**. Bei den Stichtofflieferungen und dem Le Trocquerischen Projekt handelt es sich um Verhandlungen bei denen die deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist. Eine Verfehlung gegen Bestimmungen des Friedensvertrages kann um so weniger in Frage kommen, als eine Anforderung der Reparationskommission in dieser Hinsicht überhaupt nicht vorlag. Das Stinck-Quercus-Abkommen ist ein reiner Tripartitvertrag, dessen Ausführung allein den beiden Vertragsparteien überlassen und bestimmungsgemäß der Einwirkung der deutschen Regierung entzogen ist. Im übrigen hat dieses Abkommen bisher nicht verlangt, sondern die praktischen Ergebnisse erzielt, die sich nicht in dem kurzen Zeitraum seiner Geltung erwarten ließen. Es muß es im Rahmen der Denkschrift zur Feststellung eines Verhältnisses der deutschen Regierung mit heranziehen, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig tatsächliches Material der französischen Regierung für ihre Behauptungen zur Verfügung steht.

Le Trocquerische Pläne

Dieses Projekt geht davon aus, daß Deutschland zur Erwidmung seiner Reparationsverpflichtungen die Ausführung öffentlicher Werke im nicht zerstörten Frankreich als Generalunternehmer auf seine Kosten übernehmen soll. Es handelt sich hierbei um den Ausbau von Kanälen und Häfen und die Anlage von Dammwerken. Der hierfür erforderliche Aufwand ist auf 4824 Millionen Franken veranschlagt. Die Reparationskommission hat diesen Plan vorläufig gebilligt und der französischen Regierung überlassen, ihre Anforderungen der deutschen Regierung auszustellen und die notwendigen Befreiungen und Ausarbeitungen eines endgültigen Projektes zu veranlassen.

Am 23. September 1922 wurden der deutschen Regierung die Vorentscheidungen des französischen Ministeriums über öffentliche Arbeiten mitgeteilt mit dem Ersuchen, möglichst bald Bescheid zur Erteilung von Bedingungen für die Ausführung der öffentlichen Werke zu erteilen. Mit der Note vom 5. Oktober 1922 hat die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, jedoch vorgehend, zunächst wegen der Vorfragen finanzieller Art und über die Verrechnung zu verhandeln, um die notwendige Grundlage für die weitere Beratung des Projektes zu gewinnen. Durch eine Note der französischen Regierung in Berlin vom 25. Oktober 1922 wurde die Annahme dieses Vorschlages mitgeteilt.

Nachdem, abgesehen vom Wechsel in der Reichsregierung, durch das Reparationskommission mit der deutschen Note vom 14. November 1922 vorgelegte Stabilisierungsprogramm eine neue Lage in der Sachlage eingetreten war, wurde auch die deutsche Regierung zur Notwendigkeit, hierauf auch die weitere Behandlung des Le Trocquer-Projektes in Einklang zu bringen. Da Deutschland in dieser Note für das nächste Jahr grundsätzlich um Vereitung von allen Sachleistungen gebeten und angeboten hat, Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu übernehmen, blieb an sich für Leistungen im Rahmen des Projektes Le Trocquer kein Raum. Gleichwohl hat die deutsche Regierung, nachdem der französische Vorkäufer in Berlin bereits wieder mündlich über diese Gesichtspunkte unterrichtet worden war, durch Note vom 22. Dezember 1922 der französischen Regierung mitteilen lassen, daß sie nach wie vor bereit sei, die deutsche Unterhändler für die Verhandlungen zur Verwirklichung zu stellen, falls die französische Regierung deren Aufnahme wünsche; sie hat hierbei der französischen Regierung zur Erwägung gestellt, ob nicht zweckmäßigerweise die Behandlung dieser Angelegenheit solange zurückgestellt werden könnte, bis eine Entscheidung der Reparationskommission auf die Anträge vom 14. November 1922 und damit ein Ueberblick über die gesamten auf Deutschland ruhenden Reparationsverpflichtungen vorliege.

Die Denkschrift gibt hier folgende Darstellung: „Die Vorentscheidungen werden abhandelt der deutschen Regierung unterbreitet; zunächst kam keine Antwort, in den letzten Tagen des Monats erstuchte

der Ministerpräsident den Vertreter Frankreichs in Berlin, um nachzusehen, ob die deutsche Regierung darauf zu bestehen, daß er eine solche erhalte.“

Um eine deutsche Verfehlung der Antwort schließlich zu konstatieren hat man in der Denkschrift das Datum der Ueberlieferung an die deutsche Regierung fortgelassen, offenbar in der Absicht, in dem Leser den Glauben zu erwecken, daß zwischen der Ueberlieferung und der Annahme der Antwort Wochen oder Monate gelegen hätten.

Für die auch nur vorläufige Prüfung technischer Projekte von dieser wirtschaftlichen und finanziellen Bedeutung hätte die deutsche Regierung wohl eine lange Frist beanspruchen können. Aber wie verhalten sich die wirklichen Daten? Am 23. September 1922 hat die deutsche Regierung die Projekte erhalten. Nach der Denkschrift selbst hat der französische Vorkäufer auf seine energische Vermittlung hin bereits am 26. September 1922 eine vorläufige Annahme erhalten. Die Zahlen sprechen für sich selbst: was es eindeutig verhältnißmäßig, daß die Denkschrift das Datum der Ueberlieferung verschweigen mußte, wenn sie den beabsichtigten Zweck erreichen wollte.

Ferner verweigert die Denkschrift, daß die deutsche Regierung am 22. Dezember 1922 sich zur Eröffnung der Verhandlungen ausdrücklich bereit erklärt und den Transferraten für die Verfertigung gelistet hat. Sie behauptet vielmehr, daß die Reparationskommission habe im großen und ganzen erwidert, daß die Reparationskommission nicht, sondern die Reparationsverpflichtungen Deutschlands selbst geleget habe. Diese Art der Darstellung **leugnet sich als neuen Versuch, den wirklichen Tatbestand in das Gewogene zu verfahren.**

Die Denkschrift, die im übrigen zu diesen Punkte nur die tendenziös zusammengefaßten Daten der Behandlung des Projektes darlegt, die deutsche Regierung enthält, läßt ferner keine unmittelbare Folgerungen an ihre Darstellung. Da weder die Wahrung der Uebernahme einer Verpflichtung, noch eine Verwirklichung einer solchen, noch sonst irgendein Verstoß gegen den Friedensvertrag sich konstatieren läßt, begnügt sie sich damit, nach Festlegung des Sachverhalts auf ein anderes Gebiet überzugehen. Sie führt, da ihr offenbar kein weiteres sachliches Material zur Verfügung stand, angebliche Mitteilungen anderer nicht benannter, französischer Industriellen an, die behaupten, daß die deutsche Regierung systematisch Obstruktion gegen die Sachleistungen treibe, und endlich schließlich mit der Behauptung, daß das Stinck-Quercus-Abkommen kein praktisches Resultat gezeitigt habe.

Auf Grund solchen Materials kommt die Denkschrift zu dem Schlusse:

„Es drängt sich daher die Schlussfolgerung auf: Sowohl hinsichtlich Sachleistungen wie hinsichtlich Lieferung von Arbeit und wie auch hinsichtlich der Verabreichungen besteht die haupthächlichste Sorge Deutschlands darin, sich so lange wie möglich und so vollständig wie möglich der Zahlung seiner Schuld zu entziehen, die es verpflichtet ist der Entente und Frankreich gegenüber einzuzahlen.“

Das ist eine absichtliche Verfehlung gegenüber seinen Verpflichtungen, die in systematischer Weise und allgemein angewendet wird.“

Gegenüber dieser Schlussfolgerung sei auf den oben festgestellten Tatbestand Bezug genommen. Zusammenfassend sei folgendes festgesetzt:

Es wird zugegeben, daß die deutsche Regierung die ihr seitens der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen auf den Gebieten der Holz-, Kohlen- und Flastersteinlieferungen nicht in vollem Umfang erfüllt hat, trotzdem die familiären Bedürfnisse deutschen Dienststellen von Anfang an den besten Willen gehabt und ihn auch in allen Städten der Durchführung immer wieder an den Tag gelegt haben; die Lieferungen bis zur Grenze des Möglichen auszuführen, auch wenn dadurch der deutschen Wirtschaft unverhältnißmäßig hohe Kosten aufzubringen wurden. Das Resultat dieser Bemühungen ist darauf zurückzuführen, daß diese **Verordnungen von vornherein die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit übersteigen**, daß Streiks, Transportschwierigkeiten und andere nicht von der deutschen Regierung zu vertretende Umstände und nicht zum wenigsten vertragswidrige Handlungen französischer Dienststellen die Bestimmungen der Reparationskommission erfüllt haben. Von einem Rückziehen oder gar einer **absichtlichen Verfehlung der deutschen Regierung kann hier nicht die Rede sein**. Bei den Stichtofflieferungen und dem Le Trocquerischen Projekt handelt es sich um Verhandlungen bei denen die deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist. Eine Verfehlung gegen Bestimmungen des Friedensvertrages kann um so weniger in Frage kommen, als eine Anforderung der Reparationskommission in dieser Hinsicht überhaupt nicht vorlag. Das Stinck-Quercus-Abkommen ist ein reiner Tripartitvertrag, dessen Ausführung allein den beiden Vertragsparteien überlassen und bestimmungsgemäß der Einwirkung der deutschen Regierung entzogen ist. Im übrigen hat dieses Abkommen bisher nicht verlangt, sondern die praktischen Ergebnisse erzielt, die sich nicht in dem kurzen Zeitraum seiner Geltung erwarten ließen. Es muß es im Rahmen der Denkschrift zur Feststellung eines Verhältnisses der deutschen Regierung mit heranziehen, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig tatsächliches Material der französischen Regierung für ihre Behauptungen zur Verfügung steht.

Straßenwalle in Halle.

Schlägereien in Arnswalde.

Halle, 8. Januar. (Z. M.)

Nachdem der Polizeipräsident die öffentliche Kundgebung vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal verboten hatte, fand eine Kundgebung der Bürgerchaft gestern im Parksaal statt. Schon lange vor Beginn der Kundgebung war das große Theater dicht gefüllt. Alle Redner erhoben energisches Protest gegen die Schändlichkeit und ihre Urheber und gegen die Eingriffe der Polizeibehörden. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der einstimmig die ungeschwätzigen Einwände der Polizeibehörden zurückgewiesen wurden. Nach Schluß der Kundgebung zogen Hunderte von Personen nach dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal; doch wurde der Zug in der Poststraße durch die Polizei aufgehalten. Rummelbewegung ließ der Zug nach dem Marktplatz. Hier stellte sich die Polizei ebenfalls dem Zug entgegen und forderte diese auf, auseinanderzugehen. Als die Spitze des Zuges am Markt ankam, wurden die Teilnehmer von einem Trupp Kommunisten angehalten, die die Fahnen den Trägern zu entreißen versuchten. Es entspann sich ein Gongenange und eine Schlägerei, die durch das Eingreifen der Polizei aber bald ein Ende fand.

Stettin, 7. Januar. (Z. M.)

Gestern abend fand in Arnswalde eine Versammlung der Großdeutschen Arbeiterpartei mit dem Thema „Sozialismus und Jugend“ statt. Der Saal war überfüllt. Im Verlauf der Versammlung suchten Kommunisten den Saal einzunehmen, gerärmelten die Fensterbänke und klangen in den Saal ein. Sie waren mit Steinen Holzspinneln usw. beworfen, die sie mitten unter die Versammelten warfen. Die Polizei erklärte sich machtlos. Mehrere Schwerverletzte mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden. Im Anschluß daran besetzten die kommunistischen Stütztrupps den Bahnhof, wo es wiederum zu blutigen Schlägereien kam.

